

Das Israelische Informationszentrum für Menschenrechte B'Tselem prangert in einem neuen Bericht das „Projekt“ an, das darauf abzielt, die palästinensische Gesellschaft in den besetzten Gebieten zu zerschlagen, was sich seit der Bildung der ultrarechten Regierung unter Benjamin Netanjahu im Jahr 2022 beschleunigt hat. Von **Francesca Cicardi**.

Zur Arbeit oder zur Schule gehen, sich medizinisch behandeln lassen oder andere Dienstleistungen in Anspruch nehmen, Verwandte oder Freunde besuchen, ein Haus und ein Grundstück besitzen, das man bewirtschaften kann – das sind für die mehr als drei Millionen Palästinenser, die unter israelischer Besatzung im Westjordanland leben, komplizierte und gefährliche Angelegenheiten geworden.

Obwohl diese Realität nicht neu ist, ist sie seit der Bildung der aktuellen Regierung Ende 2022 und insbesondere seit dem 7. Oktober 2023 – als nach dem Angriff der Hamas an diesem Tag der Völkermord in Gaza begann – weiter eskaliert.

Die israelische Nichtregierungsorganisation B'Tselem hat in einem umfassenden [Bericht](#) mit dem Titel „Das Auslöschungsprojekt – Israels Angriff auf das kollektive Leben der Palästinenser im Westjordanland“ alle Übergriffe zusammengetragen, unter denen die Palästinenser in ihrem Alltag leiden. Diese erfolgen im Rahmen dessen, was die Organisation als „kombinierten Angriff“ gegen Einzelpersonen und die gesamte Gesellschaft bezeichnet, mit dem Ziel, „die materiellen, sozialen und politischen Bedingungen, die die palästinensische Existenz ermöglichen“, in der Gegenwart und auch in der Zukunft zu beseitigen.

„Die Handlungen Israels im Westjordanland sind nicht einfach eine Reihe einzelner Verletzungen individueller und kollektiver Rechte. Vielmehr sind sie Teil eines umfassenden Mechanismus der Auslöschung“, stellt die Organisation fest, die diese Verstöße seit Jahren dokumentiert und in ihrem Bericht „Das Projekt der Auslöschung“ rund 2.000 Zeugenaussagen von Palästinensern zusammengetragen hat.

Dieses Projekt verändert das Westjordanland (das seit 1967 von Israel besetzt ist) derart, dass „die israelische Kontrolle und Präsenz ständig ist, sich festsetzt und dauerhaft wird, während die palästinensische Existenz zersplittert, bedroht und abhängig wird“.

Und dieses Projekt wird durch verschiedene „Mechanismen der Auslöschung“ umgesetzt, die der Bericht darlegt: Gewalt und Einschüchterung; Bewegungsbeschränkungen; wirtschaftliche Strangulierung; gesellschaftliche und politische Zerstörung sowie ethnische Säuberung und Landaneignung.

Die Bewegungsbeschränkungen und die wirtschaftliche Strangulierung beeinträchtigen die gesellschaftlichen Strukturen und die Möglichkeit der Palästinenser, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, was wiederum auch die Institutionen und das politische Leben schwächt, führt der Bericht aus.

Die Schädigung des politischen und sozialen Lebens führt dazu, dass die Palästinenser über weniger Mittel verfügen, um ihre Rechte zu verteidigen und ihre Verbundenheit mit dem Land aufrechtzuerhalten. All dies erleichtert die israelische Kontrolle über das Gebiet und die Vertreibung der palästinensischen Bewohner, was die Gemeinschaften, ihre Lebensgrundlagen und ihr kollektives Gedächtnis zerstört. Gewalt ist während des gesamten Prozesses präsent und ist die wichtigste Form der Nötigung.

B'Tselem unterstreicht, dass dieses Vorhaben nicht neu ist, sich aber seit Ende 2022 – als die derzeitige Regierung unter der Führung von Benjamin Netanjahu mit einigen offen rassistischen Ministern gebildet wurde – „beschleunigt und intensiviert“ hat, und noch mehr seit Oktober 2023.

„Akteuren, die sich für den Ausbau der Siedlungen, das Vorantreiben der Annexion und die Vertreibung der Palästinenser stark machen, wurden Befugnisse, staatliche Finanzierung und politische Macht übertragen; die finanziellen Mittel werden in die Siedlungen geleitet, während sich die Allianz zwischen staatlichen Institutionen, der Armee, der Siedlerbewegung und den Siedlermilizen weiter verfestigt und offensichtlicher wird.“

Die NGO verweist auf den sogenannten „entscheidenden Plan“, den der aktuelle Finanzminister Bezalel Smotrich 2017 vorstellte, als er noch nicht an der Spitze dieses Ressorts und einer für Entscheidungen bezüglich der Besiedlung des Westjordanlands entscheidenden Abteilung stand.

„Der Plan bietet den Palästinensern drei Optionen: unter jüdischer Vorherrschaft zu leben und dabei ihre politischen Forderungen aufzugeben; zu gehen oder mit gewaltsamer Unterdrückung zu rechnen, wenn sie Widerstand leisten. Zwar wurde der Plan weder in seiner Gesamtheit formell als Regierungsentscheidung verabschiedet noch als Gesetz erlassen, aber zentrale Elemente seiner Logik wurden in den letzten Jahren in politischen Maßnahmen, Haushaltszuweisungen, Übertragung von Befugnissen und vor Ort umgesetzten Praktiken umgesetzt“, warnt B'Tselem.

Der Bericht betont, dass man die Ereignisse im Westjordanland nicht vom Völkermord in Gaza in den vergangenen fast drei Jahren trennen könne. „In Gaza hat die Logik der Auslöschung ihren extremsten Ausdruck gefunden; im Westjordanland manifestiert sie sich in anderen Formen“, die im Bericht detailliert beschrieben werden.

„Die Normalisierung des Massenmords und der kolossalen Zerstörung, die Israel im Gazastreifen verübt hat, hat die Grenzen der Gewalt, die das israelische Regime für legitim hält und gegen die Palästinenser ausübt, drastisch erweitert.“

Einige der in Gaza angewandten Methoden, die im Westjordanland zuvor sehr selten waren, treten nun häufiger auf, wie die Zerstörung weitläufiger Wohngebiete und ziviler Infrastruktur oder die massive Vertreibung von Palästinensern. Auch die Zahl der Todesopfer ist im Westjordanland und in Ostjerusalem, die beide von Israel besetzt sind, gestiegen. Vom 7. Oktober 2023 bis zum 30. Juni 2026 hat Israel laut Angaben des Berichts 1.087 Palästinenser getötet, darunter 242 Kinder.

In diesem Zeitraum „hat Israel zudem den Einsatz des Gefängnissystems als Mittel der Unterdrückung und Einschüchterung ausgeweitet, das sich sowohl gegen Einzelpersonen als auch gegen die palästinensische Gemeinschaft als Ganzes richtet“, erklärt B’Tselem.

Die Organisation hatte bereits zuvor angeprangert, dass israelische Internierungszentren und Gefängnisse zu „einem Netzwerk von Folterlagern“ für Palästinenser geworden sind (32 von ihnen, aus dem besetzten Westjordanland, sind in den vergangenen fast drei Jahren gestorben).

Israel hat seit Oktober 2023 zudem gewählte Amtsträger, Aktivisten, Wissenschaftler, Studenten und Journalisten festgenommen; Razzien in Büros palästinensischer Organisationen durchgeführt; gewaltfreie Demonstrationen und Proteste eingeschränkt und die Überwachung sowie die Festnahmen im Zusammenhang mit Beiträgen in sozialen Netzwerken ausgeweitet. „Auf diese Weise dient die Inhaftierung nicht nur dazu, Einzelpersonen zu bestrafen, sondern auch, die Bevölkerung abzuschrecken und die Möglichkeiten kollektiven Handelns einzuschränken.“

Neben der Gewalt und Unterdrückung durch die Behörden haben israelische Siedler, die in den besetzten Gebieten des Westjordanlands leben, ihre gewalttätigen Angriffe auf palästinensische Gemeinden, deren Eigentum und Vieh verstärkt.

B’Tselem prangert an, dass es Siedlermilizen gibt, die Unterstützung vom Staat erhalten,

Siedler, die innerhalb der offiziellen Sicherheitskräfte agieren, und dass sie alle Teil eines „einzigen Systems“ der Gewalt gegen die Palästinenser sind.

„Israelische Zivilisten, Siedler, erhalten vom Staat Israel Waffen, Ausrüstung, Ausbildung und Finanzierung. Sie üben diese Gewalt für das ‚Auslöschungsprojekt‘ aus, obwohl das, was sie tun, rechtlich gesehen illegal ist“, erklärt Yuli Novak, Geschäftsführerin von B’Tselem, in einem [Video](#).

*Der Beitrag erschien im Original bei [eldiario.es](#). Übersetzt aus dem Spanischen von **Marta Andujo**.*

Titelbild: Die von israelischen Siedlern zerstörte palästinensische Schule in Khirbet Zanuta, Westjordanland / 

 / [Wikimedia](#) - [Lizenz CC BY 4.0](#) 